

soll nicht ein Mittel sein, die auf den Schultern des Volkes liegende Steuerlast zu vergrößern, sondern ein Mittel, die Last so umzulagen, daß sie von den Schultern des Volkes leichter getragen werden kann.

Frankreich.

Paris, 24. Juli. Laut offizieller Nachrichten aus Madrid, die uns übertrieben scheinen und jedenfalls mit Vorsicht aufzunehmen sind, wäre der Zustand des Königs Alphonso seit dem Tode der Königin Mercedes in der That beunruhigend; der König spreche von Abdankung, sogar von Lebensübertrag; er werde ängstlich überwacht, man fürchte aber, es werde in Kurzem zu einem Wechsel in der Regierung kommen, und es würden bereits von den Anhängern der Prinzessin von Asturias und denen der Königin Isabella große Anstrengungen für den Fall eines Thronwechsels gemacht.

Italien.

Rom, 22. Juli. Die Aufregung ist hier fortwährend im Zunehmen begriffen und befürchtet man, daß es bald auch zu ernstlichen Reibungen zwischen den Demonstrationssüchtigen und der hitzigen Garnison kommen werde. Dem Vernehmen nach haben mehrere Städte an Crispi die Einladung gerichtet, dem in ihren Mauern abzuhaltenen Meeting zu präsidieren, was derselbe jedoch mit aller Entschiedenheit ablehnte.

Türkei.

Die öffentliche Meinung Stambuls hält die Verurteilung Suleiman Pascha's, dessen Prozeß eben gegenwärtig vor dem Kriegesgerichte v. handelt wird, für ziemlich wahrscheinlich. Dagegen verlautet immer bestimmter, daß der Sultan den Marschall Abdül Kerim, den ehemaligen Kriegsminister Redif Pascha und alle die anderen Generale, welche schon nach dem ersten Abschnitte des Prozesses in Untersuchung gezogen, dann aber in die Verbannung geschickt worden waren, heimberufen will.

Griechenland.

Athen, 24. Juli. Auf das seitens Englands gegebene Versprechen, eine Vermittelung herbeizuführen und für eine Reorganisation Kretas Sorge zu tragen, haben die kretensischen Insurgenten die Feindseligkeiten eingestellt. Die Türken sahen fort, in Thessalien Ortschaften in Brand zu stecken.

Sächsische und böhmisches Angelegenheiten.

Schneeberg, den 26. Juli. Dresden, Mittwoch Mittag 12 Uhr ist durch Sr. Majestät den König im königl. Residenzschlosse der feierliche Schluß des Landtags vollzogen worden.

Sr. Majestät der König nahm auf dem Throne Platz, an dessen rechter Seite die Herren Staatsminister etc. sich anstalteten, bedeckte das Haupt mit dem Helm und verlas folgende Thronrede:

Meine Herren Stände! Ich habe Sie heute um Mitternacht versammelt, um Ihnen vor Ihrer Rückkehr in die Heimath Meinen königlichen Dank zu sagen für Ihre auch während der gegenwärtigen Session dem Wohle und der Entwicklung des Landes zugewandte Thätigkeit. Es geschieht dies in einer bedeutungsvollen, zu den ernstesten Erwägungen Anlaß bietenden Zeit. Mit Mir hat Mein Volk es tief beklagt und schmerzlich empfunden, daß die Person unseres ehrwürdigen und hochverehrten Kaisers den verabschiedungswürdigsten Lebensjahren und Verirrungen zum Ziele dienen sollte, und wenn auch des allmächtigen Gottes Gnade das Schicksal von Seinem erlauchten Haupte abwendete, so mindert dies doch nicht die tiefe Enttäuschung, mit welcher solch Beginnen unser Volk erfüllt. — Während Meine Regierung bereit bleiben wird, die gesetzgebenden Organe des Reichs in dem Streben zu unterstützen, den jetztigen Tendenzen unserer Tage die für das Gemeinwohl gebotenen Schranken zu ziehen, tritt doch auch an einen jeden Einzelnen die ernste Mahnung heran, soweit an ihm, fortgesetzt zu wirken auf Förderung und Erhaltung von Gottesfurcht, Gerechtigkeit und Sitte. Ich bewahre die Zuversicht, daß Meine Väterland trotz der Versuchungen der jetzigen Zeit daran festhalten werden, daß Fiel, gewissenhafte Pflichterfüllung, Eifer für Gerechtigkeit und Achtung vor dem Gesetz allein zu gutem Ziele führen. — Wie herzlich Freunde und Verwandte haben Mich die jüngstvergangenen Tage erfüllt,

an welchen Mir Selbst und der Königin, Meiner Gemahlin, allseitig so reiche Beweise von Liebe und Anhänglichkeit entgegengebracht wurden und gereicht es Mir zu besonderer Genugthuung, von dieser Stelle aus, auch im Namen der Königin, Meinen getreuen Sachsen dafür nochmals Unseren aufrichtigen Dank zu entbieten. — Der Druck, welcher bisher auf Ackerbau, Handel und Gewerbe lastete, ist selber noch immer nicht gewichen und begründet Ich daher das jüngst abgeschlossene Friedenswerk in der Erwartung, daß dasselbe in seinen wohlthätigen Folgen mit dazu beitragen möge, den endlichen Uebergang zu besseren und erfreulichen Zuständen herbeizuführen. Den vielseitig hervortretenden Wünschen auf Schutz des Gewerbetreibenden wird Meine Regierung innerhalb des angestrebten Bedarfs ihre bereitwillige Unterstützung leisten.

Durch die von Ihnen zum Ankauf einer Mehrzahl von Privatbahnen und zum Bau neuer Staatsbahnen bewilligten beträchtlichen Summen haben Sie die Konsolidierung des Staatseisenbahnwesens dem Abschlusse nahe gebracht und die Entwicklung des Eisenbahnwesens erheblich gefördert. Werden die dafür gebrachten Opfer schon durch den wohlthätigen Einfluß, welchen die Eisenbahnen auf die Erleichterung des Verkehrs und die Hebung des allgemeinen Wohlstandes haben, reichlich aufgewogen, so steht auch zu erhoffen, daß bei Weiterertritt normaler Zustände das Verhältnis der Einnahmen zu den Ausgaben bei den Eisenbahnen sich wieder günstiger gestalten, zumal Meine Regierung unablässig bemüht sein wird, durch Einführung eines vereinfachten Betriebes, insbesondere auf Nebenlinien, Ersparnisse herbeizuführen. — Zur besonderen Befriedigung gereicht es Mir, daß eine der wichtigsten Aufgaben dieses Landtages, die Reform des Systems unserer direkten Steuern durch eine vollständige Uebereinstimmung aller Faktoren der Gesetzgebung ihre Lösung gefunden hat. Wenn zu Meinem lebhaftem Bedauern es nicht zu umgehen blieb, zu einer Steuererhöhung zu verschreiten, so gehe Ich doch der Hoffnung auch heute Ausdruck, daß in den Verhältnissen, welche hierzu geführt haben, ein Umschwung bald eintreten werde. Bei aller Rücksicht auf die durch die Zeit gebotene Beschränkung haben Sie die Mittel bewilligt mit welchen es möglich sein wird, die innere Verwaltung Sachsens in gebührender Weise weiter zu führen und seine Kulturaufgaben auch ferner zu erfüllen. Das Ergebnis Ihrer Beratungen über die Vorlagen, welche durch die bevorstehende Umgestaltung der Rechtspflege veranlaßt waren, wird Meine Regierung in den Stand setzen, die Ausführung der bezüglichen Reichsgesetze rechtzeitig vorzubereiten. Wenn wir somit Bahnen des Fortschrittes unbeirrt weiter eingehalten haben, so lassen Sie, Meine Herren Stände, heute unter dem Bewußtsein uns trennen, daß die göttliche Vorsehung unsere gemeinschaftlichen Bemühungen zum Segen des Vaterlandes hinaussühren möge.

Die Thronrede rief durch die Festigkeit ihrer Sprache, die Zuversicht auf eine bessere Zukunft, die aufs Neue bekundete landesherrliche Fürsorge und das Wohlwollen, welches aus den Worten des königlichen Sprechers herausklang, einen recht freundlichen Eindruck bei den Volksvertretern hervor. Nachdem Premierminister v. Fabricie die Staatsurkunde aus den Händen des Monarchen wieder in Empfang genommen, verlas Geh. Rath Dr. v. Weber den sog. Landtagsabschied, der die Erklärung des Königs zu den vom Landtag beratenen Gesetzen, Anträgen, Petitionen und Beschwerden enthält. Dieses Schriftstück wurde durch Vermittelung des Ministers v. Fabricie dem Könige überreicht, welcher dasselbe dann den an den Thron herangetretenen beiden Kammpäsidenten zur Aufnahme in das landständische Archiv einhändigte. Hierauf erklärte der Herr Premierminister von Fabricie im Auftrage und auf Befehl Sr. Majestät des Königs den Landtag für geschlossen. Der Landesherr erhob sich, entblößte das Haupt und dankte halobdell für ein neues ihm vom Präsidenten Habertorn ausgebrachtes dreifaches sächsisches Hoch. Der königliche Zug entfernte sich sodann mit demselben Ceremoniell, mit dem er gekommen war.

Am 22. Juli. Gestern Nachmittag hat Ludwig Löwe aus Berlin in einer vom hiesigen patriotischen Verein einberufenen Versammlung, zu der alle, nicht sozialdemokratischen Wähler öffentlich eingeladen waren, sein Programm entwickelt. Wenn wir von vornherein gestehn, daß wir die Parteilosigkeit Löwe's nicht theilen, so wir man uns darum nicht eines parteiischen Urtheils züher, um so mehr als wir jene hohen politischen Tugenden, die wir für jeden Volksvertreter für notwendig halten, freudig anerkennen — auch bei Männern anderer Parteirichtungen. Die große Klarheit in der Entwicklung, das leidenschaftslose Urtheil in politischen Fragen, der vollendete Lakt, der die Rede Löwe's auszeichnete, müssen auch da, wo wir über einzelne Fragen mit ihm differiren, unsere volle Anerkennung erhalten und wir begrüßen die unter ungünstigen Auspizien inaugurierte Kandidatur Löwe's, dem hierorts ein einheimischer Kandidat gern gegenüber gestellt worden wäre, jetzt mit um so höherem Eryen. Wir danken es daher unserem Bürgermeister Dr. Krauß, der nach Beendigung der Rede Löwe's erklärte, er habe j. h. nachdem er die eben gehaltenen Rede gehört, gern Löwe seine Stimme und Erklärung aufrecht, daß er von seiner bisherigen Ansicht, einen Angehörigen eines andern Bundesstaates nicht zu wählen, zurückkommen sei. In diesem Sinne bitte er seine Mitbürger, gleichfalls zu wählen. Wir hoffen, daß es gelingen wird, unseren Wahlkreis den Sozialdemokraten zu entreißen und in unserem Orte das Gefühl für Ordnung und Wohlfahrt des Staates wieder in das Bewußtsein der Irregelmäßigkeiten, durch gewissenlose Agitatoren verführten Mitbürger zu wecken.

Zwölft, 25. Juli. In der von dem Comite der

vereinigten Ordnungsparteien gestern Abend anberaumten Wählerversammlung, zu der sich auch Sozialdemokraten zahlreich einfanden, legte Herr Ludwig Löwe aus Berlin seine Stellung zu mehreren der wichtigsten politischen Fragen klar unter gleichzeitiger Kritik des sozialdemokratischen Programms. Die 1 1/2 stündige Rede entrollte unter dem stets wachsenden Interesse der zahlreichen Zuhörer ein volles Bild des sozialistischen Idealzustandes und legte in lichtvoller Darstellung die Unausführbarkeit desselben nach allen Seiten klar.

Mit Recht schelbet Herr Löwe aus den Reihen der Sozialdemokratie drei Biersche aus, die, obwohl dafür stimmend, doch keine Sozialdemokraten sind.

Wer die Entwicklung der Sozialdemokratie in unserem Wahlkreise kennt, der weiß auch, in wie vorfichtig zögerlicher Weise ihre Agitatoren die Günstigkeit ihrer jetzigen Anhänger gewonnen. Die dankbarsten Sätze aus dem Programm der Fortschrittspartei: Kirche, Schule, Militär, et c. waren die immer wiederkehrenden Thema's; es wurde dafür gesorgt, daß auch der gemäßigste Mann aus dem Volke nicht stutzig werden konnte und dem Führer willig Ohr und Stimmrecht ließ. Mit dem Kern der Forderungen, dem wahren Ziele des Parteiprogramms hielt man stets hinterm Berge und deshalb hat die gestrige Rede des Herrn Löwe vielen die noch denkwürdigen, die Augen über die Segnungen des „allgemeinen Staatsarbeitshauses“ wohl für immer geöffnet.

Nach der mit reichem Beifall von allen Seiten angenommenen Rede interpellirte nun ein Herr Dehne aus Leipzig Herrn Löwe über seine Stellung zum Militär, indirecten Steuern, Arbeiterschutz, Fabrikinspektoren u. s. w., warf ihm vor, daß er früher ein Freund Bismarck's gewesen und als Vorkämpfer der preussischen Regierung nicht geeignet zum Volksvertreter sei. Die Erwiderung des Herrn Löwe darauf war von vernichtender Schärfe und bildete den Clou des Abends. Ueber Militär, indirecte Steuern, Arbeiterschutz hatte Herr Löwe seinen Standpunkt bereits erschöpfend bei der Versammlung vorgeführt und kam derselbe zu dem Schluß, daß Herr Dehne sich einfach eines eingelernten, jedoch veralteten Fragenpensums entleibt habe, da auch die Angeltigkeit der Fabrikinspektoren schon in der letzten Reichstagsession erledigt worden sei. Bezüglich der Sonntagsarbeit erinnerte Herr Löwe daran, daß der darauf abzielende Antrag der Fortschrittspartei seinerzeit im Reichstage mit einer Stimme Mehrheit fiel, weil die Herren Most und Liebknecht auf Reisen und nicht an ihren Plätzen waren. Ueber seine Beziehungen zu Bismarck bemerkte Herr Löwe, daß ihn als jungen Mann eine tiefe Freundschaft und Verehrung an den genialen Mann gefesselt, bis dessen Eintritt in die soziale Strömung den Bruch herbeizuführt habe. Der letzte Wortwurf, einen Mann wie Löwe, den langjährigen Gegner der Regierung, der Abhängigkeit als Armeelieferant ziehen, braucht hier kaum noch Platz zu finden da der Sachverhalt allgemein bekannt ist. Die Löwe'sche Maschinenfabrik arbeitete seinerzeit für das Manufakturwesen einen einzigen Theil, (das Bismarck) weil ihre Einrichtungen eine genaueste Herstellung dieses Gewehrtheiles ermöglichten.

Die Versammlung ging mit einem Hoch auf Herrn Ludwig Löwe in bester Stimmung auseinander.

Als in der Nacht vom 22. zum 23. Juli der Fortschrittsgehilfe des Oberförsters Büchel auf seinem Revier am Wildenberg (Gegend von Wolkenstein) sich befand, um einen Hirsch, welcher in der Nähe den Wechsel hatte, zu erlegen, gewahrte er einen Mann mit einem Gewehr. Er läßt ihn nahe herankommen und ruft ihn dann scharf an, steht aber zugleich, wie der Angerufene rasch das Gewehr nach ihm hebt und zum Schuß ansetzt. Der Fortschrittsgehilfe die Gefahr erkennend, kommt seinerseits dem Manne zuvor und schießt und jener sinkt, in die Brust getroffen, todt nieder. In dem Leichnam ward der als Wildschütz verdächtige Frau aus Röhrenau erkannt.

Auch im Wurzener „Wochenblatt“ geben nahezu 200 Steinarbeiter der Steinbrüche Rüpitz, Paiba und Dornrechenbach mit Nennung ihrer Namen die bestimmte Erklärung ab, daß sie ihre Stimmen bezüglich der Reichstagswahl Herrn Rittergutsbesitzer Günther in Saalhausen geben werden, auch fordern sie alle Arbeiter kameradschaftlich auf, mit ihnen zur Ordnungspartei zu halten.

In der Specialdebatte über die Schwarzberg-Johanngeorgenstädter Bahn hat sich Herr Staatsminister Herr v. Könnert wie folgt, ausgesprochen: Meine Herren! Der Wunsch der Deputation in Bezug auf die Bahn Schwarzberg-Johanngeorgenstadt giebt mir Anlaß zu einer kurzen Bemerkung. Die Regierung erkennt in Uebereinstimmung mit der Deputation, den Wunsch der Städte Schwarzberg und Johanngeorgenstadt auf endliche Ausführung der bereits seit 4—5 Jahren bewilligten Bahn als vollkommen berechtigt an. Damit es aber nicht den Anschein gewinne als ob die Schuld an der Verzögerung des Baues an der Regierung liege, so erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß die Regierung sich nicht für ermächtigt halten kann mit dem Bahnbau zu beginnen, so lange nicht der Weiterbau auf böhmischen Gebiete gesichert ist. Denn als seiner Zeit die Bahn bewilligt werden sollte, ist ausdrücklich der Vorstand des Finanzministeriums in der Deputation befragt worden, ob der Weiterbau auf österreichischer Seite gesichert sei und es nicht zu befürchten wäre, daß in Sachsen gebaut, jenseits aber nicht gebaut würde. Hierauf ist von der Regierung die Erklärung abgegeben worden, daß die Regierung die volle Garantie übernehmen könne, daß mit dem Baue nicht eher werde begonnen werden, als bis jenseits der Weiterbau gesichert sei. Nach dieser positiven Erklärung meines Amtsvorgängers halte ich mich nicht für ermächtigt den Bahnbau zu beginnen, so lange nicht österreichischer